

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfach Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 143.

Herford, Montag, den 21. Juni 1920

38. Jahrgang.

Immer noch keine Einigung.

Die Lösung der Krise am Montag?

Wider Erwarten ist die Einigung innerhalb der Parteien, die den „Block der Mitte“ bilden sollen, bis jetzt noch nicht erfolgt. Am Sonnabend war die Demokratische Partei zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten, nach deren Ergebnis kaum daran zu zweifeln war, daß der Eintritt der Demokraten in den Block der Mitte erfolgen werde. Ueber die Sitzung liegt uns folgender Bericht vor:

Berlin, 19. Juni.

Die demokratische Fraktion ist heute um 10 Uhr vormittags im Hause der Preussischen Landesversammlung neuerlich zu einer Beratung zusammengetreten, die über drei Stunden dauerte, und an der eine wesentlich größere Zahl von Fraktionsmitgliedern teilnahm, als gestern. Als Ergebnis dieser Sitzung kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Demokraten bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum den „Block der Mitte“ zu bilden und sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen. Sie machen aber ihren Eintritt in die Regierung noch von drei Voraussetzungen abhängig:

1. daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle und sich bereit erkläre, diese Verfassung zu verteidigen;
2. daß bei der Befestigung der Portefeuilles in der neuen Regierung von den anderen Parteien keine Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, die sich in einem allzu starken politischen Gegensatz zu den Demokraten befinden;
3. daß von den Mehrheitssozialisten die Zusage erlangt werde, daß sie im Reichstage ein Vertrauensvotum für die neue Regierung ermöglichen würden.

Verschiedene Blätter berichteten nun, daß Dr. Heinze auf diese Forderungen für die Deutsche Volkspartei eine befriedigende Erklärung abgegeben habe, jedoch die letzten Schwierigkeiten in einer gemeinsamen Besprechung der Führer der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums bei dem Präsidenten Fehrenbach beseitigt werden könnten. Dies trifft nicht ganz zu. Die in Aussicht genommene Aussprache hat nicht stattgefunden. Es ist nur vorläufig eine Pause in den Verhandlungen eingetreten. Dr. Heinze, der Fraktions-Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, ist Sonnabend nachmittags nach Dresden abgereist und trifft erst am Montag in Berlin wieder ein. Innerhalb der Deutschen Volkspartei wird gegen die Forderungen der Demokraten erheblicher Widerstand geltend gemacht. Wohl steht die Fraktion als solche gegenwärtig auf dem Boden der Weimarer Verfassung, und es denkt, wie versichert wird, kein Mitglied der Fraktion daran, die Weimarer Verfassung zu verlegen, die monarchistisch fühlenden Mitglieder der Fraktion lehnen es aber ab, ihre Überzeugung zu verleugnen. Ob sich unter diesen Verhältnissen eine Mehrheit in der Deutschen Volkspartei findet, die bereit ist, die von den Demokraten geforderte Erklärung zu geben, daß die neue Regierung den Wiederaufbau des Reiches auf der Grundlage der republikanischen Staatsform durchführen werde, die durch die Weimarer Verfassung festgelegt ist, bleibt abzuwarten. Die Führer der Deutschen Volkspartei suchen noch immer neue Formulierungen, um den gestellten Bedingungen auszuweichen. Sollte sich die Deutsche Volkspartei nicht zu einer solchen Erklärung entschließen können, so ist die demokratische Fraktion nach wie vor entschlossen, sich an einer Koalition mit dieser Partei und damit an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Der demokratische Parteivorstand, der am Sonnabend abend zu einer Sitzung versammelt war, hat sich nach längeren Debatten diesem Standpunkt der Fraktion angeschlossen. Gleichzeitig ist beschlossen worden, den Parteiausschuß, der ursprünglich erst in den ersten Julitagen zusammentreten sollte, schon zum nächsten Dienstag, 28., nachmittags 3 Uhr, einzuberufen.

Im übrigen geben die Demokraten, wie die D. A. Ztg. schreibt, zu erkennen, daß sie bereit sind, sich von der positiven Mitarbeit nicht auszuschließen. Sie erwarten, daß die Verhandlungen nunmehr ihren Fortgang nehmen. Eine endgültige Stellungnahme soll von ihrer Seite erst dann erfolgen, wenn die Regierung gebildet ist und ein Programm, mit dem sie arbeiten will, festgestellt hat. Wenn die Deutsche Volkspartei sich auf dieser Grundlage an der Regierungsbildung beteiligen will, und das Ministerium ein Programm ausarbeitet, das den in der Erklärung Dr. Petersens zum Ausdruck gebrachten Forderungen entspricht, dann wollen die Demokraten die Regierung unterstützen. Ihr Standpunkt hat sich noch deutlicher als bisher dahin präzisiert, daß erst das Kabinett berufen werden soll, bevor sie ihre endgültige Zusage erklären. Schon am Donnerstag

Das Neueste vom Tage.

Die seit 18. Mai unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Industrie werden am 28. Juni wieder aufgenommen.

Der Votjasterrat hat den Text einer Note an die deutsche Regierung wegen der angeblichen unterschiedlichen Behandlung bei der Ausfuhr und Zollzahlung festgelegt.

Die österreichische Regierung ist noch keinen Schritt weiter der Lösung näher gekommen, da die Sozialdemokraten die Forderung der Christlich-Sozialen nach einem Beamtenkabinett ablehnen.

Der Boykott gegen Ungarn begann Sonnabend nacht.

In Wien bereitet sich eine Bewegung gegen die Boykottierung Ungarns an.

Fünfundachtzig Abgeordnete haben in der französischen Kammer den Antrag gestellt, den Achtstundentag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu erhöhen.

Die englische Regierung droht anlässlich der Weigerung der Eisenbahnen, Truppen und Munition nach Irland zu befördern, mit einer Stilllegung der irischen Eisenbahnen.

Zur Erleichterung des Handels mit Rußland ist in Kopenhagen unter der Firma The International Clearinghouse eine Bank gegründet worden.

Die Engländer räumen infolge türkischer Fliiegerangriffe Seid in Kleinasien.

Hat Dr. Petersen dem Zentrumsführer Dr. Trimborn mitgeteilt, er möchte die Regierungsbildung zustande bringen, die Demokratische Partei stelle es anheim, geeignete Persönlichkeiten aus ihrer Mitte zu berufen.

Wie uns unter Berliner Berichterstatter noch kurz vor Redaktionsschluss dröhete, hat die Deutsche Volkspartei dem Präsidenten Fehrenbach eine neue Formulierung der wichtigsten Sätze des Regierungsprogramms überreicht, die sich eng an die Forderungen der Demokraten anlehnt, jedoch für heute, Montag, die Lösung der Krise erwartet werden darf. Die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokraten wird zwar erst morgen in ihrer Fraktionsitzung erfolgen, doch darf wohl als sicher angenommen werden, daß sie von der bisher beabsichtigten wohlwollenden Neutralität nicht abgeht. Auch die Bayerische Volkspartei ist, wie die „Mugsb. Postzeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, grundsätzlich bereit, ein Kabinett Fehrenbach zu unterstützen. Jedoch sollen Bedingungen gestellt werden, die aber rein sachlicher Natur seien und eine geeignete Grundlage der Zusammenarbeit abgeben würden. Die Forderung, in der neuen Regierung vertreten zu sein, habe die Bayerische Volkspartei nicht gestellt, sie ziehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß sachliche Mitarbeit das Gebot der Stunde sei.

Interessant sind die Äußerungen über den

„Block der Mitte“

die eines der hervorragendsten Mitglieder der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Professor Dr. Kahl, der Voss. Ztg. gegenüber als seine persönliche Ansicht macht: „Ich glaube, daß der „Block der Mitte“ und eine Regierung aus den drei bürgerlichen Parteien — Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten — schließlich zustande kommen wird. Aber ich habe keine reine Freude daran. Diese Koalition ist für meinen Geschmack zu sehr gestrichelt. Sie ist nicht aus dem klaren Gesichtspunkt des wirtschaftspolitischen Aufbaues zustande gekommen. Es hat zu viel Kleinkliches bei den Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt. Es waren zu sehr ängstliche, parteipolitische Momente maßgebend, und deswegen fürchte ich auch, daß sich dieser Block nicht sehr lange hält. Aus vaterländischen Gründen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa, würde ich wünschen, daß es gelingt, eine so breite Basis für die künftige Regierung zu schaffen, daß sie dort mit Ehren bestehen kann. Lebhaft bedaure ich, daß es nicht gelungen ist, mit der Sozialdemokratie zu einer Einigung zu kommen. Ich habe in allen meinen Wahlkreisen gesagt, daß es uns nicht darum zu tun ist, eine Front gegen die Sozialdemokratie oder gegen die Arbeiterpartei, die sich ja mit den sozialistischen Parteien identifiziert, zu schaffen, sondern nur um eine Stärkung des bürgerlichen Einflusses, der uns in der Demokratie zu schwach vertreten zu sein schien. Ich bedaure lebhaft, daß es nicht gelungen ist, unter dem höheren wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt eine breitere Koalition mit der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Ich bin der Meinung, daß die Sozialdemokratie verpflichtet gewesen wäre, ihren Anteil an der Verantwortung mitzutragen.“

Die ersten Arbeiten des neuen Reichstags.

Berlin, 19. Juni. Wie verlautet, wird der neue Reichstag nur bis zum 2. Juli tagen und sich alsdann auf einige Zeit vertagen, um erst wieder zusammen zu treten, wenn die Ergebnisse von Spa vorliegen. Die ersten Sitzungen in der nächsten und übernächsten Woche werden ausgefüllt mit der Wahl der Reichstagspräsidenten, Entgegennahme von Erklärungen der neuen Regierung und Gegenerklärungen der Parteien, sowie Verabschiedung einiger wichtiger Vorlagen finanzieller Art: Bewilligung von Mitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise, Bewilligung von Staatsmitteln für die Monate Juli bis September. In sachliche andere Beratungen wird der Reichstag vorläufig nicht eintreten. Man rechnet, wenn in Spa keine Zwischenfälle eintreten, Anfang August mit einem erneuten Zusammentritt des Reichstags, um der neuen Regierung Gelegenheit zu geben, sich einzuarbeiten.

Zur Wahl des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 19. Juni. Die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten beschäftigt bereits die Fraktionen des Reichstags. Wie verlautet, wollen die Mehrheitssozialisten keine Präsidenten stellen, während die Unabhängigen Anspruch auf den ersten Präsidenten erheben. Wahrscheinlich dürfte aber eine Einigung dahin erfolgen, daß der Präsident von einer der Regierungsparteien gestellt wird, wahrscheinlich vom Zentrum, und die Rechte, die Demokraten und die Unabhängigen je einen Vizepräsidenten stellen. Die Wahl eines unabhängigen Sozialdemokraten zum ersten Präsidenten lehnen die bürgerlichen Parteien ab, weil sich diese Partei geweigert hat, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Ämtliches Ergebnis der Reichstagswahlen im Reiche.

L.M. Berlin, 19. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 590 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 112 Abgeordnete (5 614 456 Stimmen), Zentrum 68 Abg. (3 540 830), Demokraten 45 Abg. (2 202 334), Deutschnationale 66 Abg. (3 796 778), Deutsche Volkspartei 62 Abg. (3 606 316), Unabhängige 81 Abg. (4 484 317), Kommunisten 2 Abg. (441 995), Bayerischer Bauernbund 4 Abg. (218 884), Deutsch-Hannoverscher 5 Abg. (319 100), Bayerische Volkspartei 21 Abg. (1 236 941).

Umbau nicht Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 20. Juni. Das Wolff-Büro meldet: Die Abendausgabe der Vossischen Zeitung vom 18. Juni bringt in auffälliger Weise unter der Überschrift „Allgemeine Aufhebung der Zwangswirtschaft, völliger Abbau bis 1. Oktober“ durchaus unzutreffende Angaben über die Pläne, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Richtung verfolgt. Demgegenüber wird bemerkt, daß das Reichsministerium an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft zum 1. Oktober nie dachte und nie denkt. Im Gegenteil steht das Reichsministerium auf dem Standpunkt, daß schon im Hinblick auf die allgemeine Ernährungslage eine solche Maßregel die größten Gefahren mit sich bringe. Das Ministerium hält nach wie vor daran fest, daß für die wichtigsten Ernährungsmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann. Das gilt nicht nur für Getreide und Milch, sondern auch für Fleisch. Selbst hervorragende Vertreter der Landwirtschaft haben die Berechtigung der gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehenden Bedenken anerkannt und sich während einer Ueberlegungszeit mit einem bloßen Umbau der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt, bis durch den Wiederaufbau unserer Viehwirtschaft die Vorbedingungen für die Freigabe von Vieh und Fleisch geschaffen würden. Soweit wie möglich soll hier die freie Einfuhr zugelassen werden, zunächst für Fische, Eier, frisches Gemüse. Obst mit Ausnahme von Lurusobst und Südfrüchten. Später noch, so weit wie möglich, alle anderen Lebensmittel. Bei der heutigen Ernährungslage wäre es unverantwortlich, wenn nicht alles geschehe, was unsere Ernährung durch reichliche Zufuhr aus dem Auslande verbessern und verbilligen kann. Als weitere Folge dieser Wiederherstellung des freien Handels ergibt sich dann auch die seit langem vom Volke mit Recht geforderte Verminderung der Kriegsgeldschaften, in deren Abbau das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein wesentlich beschleunigtes Tempo einschlägt. Alle diejenigen Lebensmittel, die die Grundlage der Ernährung bilden, können jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft erst in Frage stellen, wenn

Die Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Deckung des Bedarfs zu erträglichen Preisen möglich ist.

Es ist grundsätzlich richtig, daß die Zwangswirtschaft nicht plötzlich aufgehoben, sondern nur allmählich abgebaut werden darf. Das einschlagende Tempo dieses Abbaus aber sollte sich nicht nach den Bedenken der Regierungen und dem Klebebedürfnis der Zwangswirtschaftsorganisationen richten, sondern nach den praktischen Bedürfnissen des Wirtschaftslebens. Diese verlangen beschleunigtes Verfahren.

Der Generalstreik in der Pfalz.

Der Verhaftungen wegen „Espionage“.

Frankfurt a. M. 19. Juni. Der Generalstreik in Ludwigshafen ist voll durchgeführt worden. Auch im Telegraphen- und Telephonendienst haben die Angestellten heute nacht 12 Uhr den Dienst eingestellt. Die Elektrizitätswerke sind stillgelegt, so daß kein elektrischer Strom in der Stadt und in dem von ihr versorgten Gebiet vorhanden ist. Infolgedessen fährt auch keine Straßenbahn. Ebenso haben sich die Arbeiter der Wasserwerke dem Streik angeschlossen. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

Gestern abend wurde dem Eisenbahnpersonal auf Befehl der französischen Behörde von der Eisenbahndirektion bekannt gegeben, daß sie für die französischen Behörden in Pflicht genommen seien und bei Verweigerung des Dienstes vor das Kriegsgericht gestellt werden würden. Auch für die städtischen Beamten gilt diese Maßnahme. Seit der Verhaftung der internationalen hohen Kommission vom 14. Oktober 1919 ist das deutsche Eisenbahnpersonal nicht mehr requiriert und hatte nur Befehle für militärische Zwecke zu befolgen.

In einer an den Pfälzern angeschlagenen Bekanntmachung weist die französische Kommandantur nochmals darauf hin, daß die von der französischen Militärbehörde vorgenommenen Verhaftungen sich gegen Espionage betreffen und eine Organisation für den Aufstand gegen die Besatzungstruppen richten. Angriffe gegen die französischen Behörden und ihre Vertreter in öffentlichen Versammlungen würden unterdrückt und die Schuldigen würden vor das Militärtribunal gestellt werden. In den Straßen würden selbstverständlicher Weise keine Kundgebungen abgehalten werden.

Appell der Pfälzer an die ganze Welt.

In einer Rundgebung erklärten die Arbeiter und Angestellten, daß sie zu den Mitteln des Generalstreiks greifen, um die Aufmerksamkeit nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt auf die durch die französische Besatzung geschaffenen unerträglichen Verhältnisse in der Pfalz zu richten. In dem von dem Aktionsausschuß der pfälzischen Arbeiter und Angestellten erlassenen Aufruf an die Bevölkerung heißt es weiter, daß die neue ohne zwingenden Grund vorgenommene Verhaftung dreier Arbeiterführer einen so schweren Eingriff in die persönliche Freiheit der pfälzischen Bevölkerung darstellt, daß diese derartige Maßnahmen nicht ohne den schärfsten Protest hinnehmen dürfe.

Der vor mehreren Monaten von den Franzosen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wegen angeblichen schweren Diebstahls und Plünderung während des Krieges in Frankreich verhaftete Diplomingenieur und Hauptmann der Reserve Imhof ist als völlig unschuldig dieser Tage aus der Untersuchungshaft in Biele entlassen worden und nach Ludwigshafen zurückgekehrt.

Spaa wird nochmals verschoben.

Seit 15. Juli.

wtb. Paris, 20. Juni. Laut „Echo de Paris“ wird die Verschiebung der Konferenz in Spaa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland bestätigt. Zur Konferenz in Boulogne berichtet „Matin“, man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

Vorbesprechungen in Sythe.

Basel, 20. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, wird sich Müllerand heute nach Sythe begeben, wo er mit Lloyd George vor den Verhandlungen in Boulogne-sur-mer zusammenzutreffen wird.

Wie Pariser Privatmeldungen besagen, dienen die Besprechungen in Sythe dazu, um eine Einigung zwischen England und Frankreich über die deutschen Bezahlungen zu erzielen, denn der Heißhunger der anderen Verbündeten ist in der Zwischenzeit noch erheblich gestiegen. So verlautet, daß der italienische Minister des Auswärtigen, Forza, in Boulogne für Italien 15 Prozent aller deutschen Zahlungen verlangen wird. Japan will Entschädigung für seine Schiffsverluste und für die Pensionen. Portugal macht eine Forderung von fünf Milliarden anhängig.

Deutsches Reich.

Das Ergebnis der Landtagswahlen für das Land Thüringen.

dd. Weimar, 21. Juni. (Eig. Drahtb.) Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahlen für das Land Thüringen aus 14 größeren Städten ist folgendes: Vereinigte Rechtsparteien (D. Rp. und D. R.) 49 164, Demokraten 14 521, Mehrh.-Soz. 31 594, Unabh. 42 421, Kommunisten 1195 und Bauernbund 1297. Das Ergebnis aus den ländlichen Bezirken steht noch aus.

Der württembergische Landtag.

dd. Stuttgart, 20. Juni. (Eig. Drahtb.) Die bisherigen Regierungsparteien in Württemberg, die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten sind entschlossen, an der Koalition festzuhalten. Der Dienstag zusammen tretende Landtag wird also eine Änderung in der Regierung nicht bringen. Die Regierung wird sich in der Hauptsache auf die Verhandlungen wirtschaftlicher Fragen beschränken.

Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin.

dd. Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtb.) Bei den gestrigen Groß-Berliner Gemeindevahlen war die Beteiligung äußerst schwach. Sie betrug durchschnittlich 50 bis 55 Prozent, in mehreren Bezirken noch erheblich weniger. Die Mandatsverteilung dürfte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen die gleiche sein, wie bei den Reichstagswahlen. Der Tag verlief ohne Zwischenfälle, nur am Wintereisplatz kam es zu kleinen Reibereien zwischen Zentrumsleuten und deutschnationalen Katholiken.

Die Kosten der Besatzungsheere.

Basel, 20. Juni. Nach einer Meldung der Basler Nachrichten aus Paris wird der Oberste Rat für das erste Vierteljahr 1920 für die Kosten der Besatzungsarmee 2500 Millionen Mark von Deutschland fordern. Es heißt jedoch, daß die Forderungen für die kommenden Vierteljahre ermäßigt werden sollen.

Die Entente beschlagnahmt die Rohnzölle in Oberschlesien.

tu. Breslau, 19. Juni. Die in Oberschlesien durch den 10prozentigen Abzug vom Lohn und Gehalt erbrachten Steuerbeträge werden nicht dem Reiche zufließen, sondern von der Internationalen Kommission angekauft und zur Wiedergutmachung, also als Kriegsentschädigung, verwendet werden. Die Kommission hatte in den letzten Monaten an Steuern bereits 200 Millionen Mark angenommen.

Der Gipfel französischer Verlogenheit.

Haag, 19. Juni. Paris verbreitet folgende ungeheuerliche Lüge: Die rheinischen Wälder haben zugegeben, daß die Besatzungstruppen gegen die schwarzen Truppen unwirksam sind. Die kölnische Zeitung und die rheinische Zeitung erklären, daß die Angriffe auf diese Truppen durch die Berliner Wälder inspiriert wurden und auf keiner einzigen Tatsache beruhen.

Schamloser, frecher und zynischer ist selbst in diesen Jahren verurteilender Hochkonjunktur nicht gelogen worden.

Ein französisches Konsulat für Mainz.

Paris, 19. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung teilte der Kammerpräsident mit, daß vom Auswärtigen Amt ein Gesandtschaftsgeheimrat eingegangen sei, nach dem für den Ankauf eines Konsulatsgebäudes in Mainz dem Minister des Auswärtigen ein Kredit von 510 000 Fr. bewilligt werden soll.

Die Marburger Studenten fettesprochen.

Leipzig, 20. Juni. Im Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen der Erschießung einer Anzahl von Bewohnern des thüringischen Ortes Bad Thal beantragte der Anklagevertreter gegen die Angeklagten Engelbrecht, Strauß und Jahn zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Kommunist Hölz nerbenkrank.

tu. Prag, 19. Juni. Der tschechische Kommunist Hölz, der sich wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeiten in der Strafanstalt Karthaus in Untersuchungshaft befindet, ist an einem schweren mit Bewußtseinsstörungen verbundenen Nervenleiden erkrankt. 22 seiner Genossen werden in den nächsten Tagen in Freiheit gesetzt werden.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Hernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

21. Juni.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Zunehmende Arbeitslosigkeit.

Das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe in Münster schreibt in seinem Situationsbericht vom 12. Juni 1920:

Die Arbeitsmarktlage in der Provinz Westfalen und dem Freistaat Lippe muß während der Berichtswache als ungünstig bezeichnet werden. Die vorliegenden Meldungen der Arbeitsnachweise aus Industrie und Gewerbe deuten auf eine zunehmende Verschlechterung hin.

In fast allen Teilen von Westfalen und Lippe nimmt die Arbeitslosigkeit einen größeren, ständig steigenden Umfang an. Infolge dieses Anwachsens der Arbeitslosen ist es den örtlichen Arbeitsnachweisen in vielen Fällen nicht mehr möglich, die vorhandenen Arbeitssuchenden vorübergehend anderweitig in Arbeit unterzubringen, was wiederum zu einer starken Quanspruchnahme der Gewerkschaften führt. So sind zum Beispiel allein bei einem mittleren Arbeitsnachweis in der westfälischen Zigarrenindustrie (Herford-Cannigloh) in den letzten Tagen etwa 50 Anträge auf Gewerkschaften-Unterstützung gestellt worden. Hierbei ist allerdings zu berichten, daß es sich vorwiegend um ortsanfällige Leute gelehrt Alters, die schon jahrelang in der Zigarrenindustrie tätig sind, handelt, die durch Haus- und Landbesitz an ihre engere Heimat gebunden sind und somit für eine Vermittlung nach außerhalb (Industrie, Bergwerk) nicht in Frage kommen.

Infolge Verminderung der Reichswehr und Betriebsstilllegungen in der Industrie herrscht in der Landwirtschaft ein Ueberangebot an männlichen Arbeitskräften. Gelehrte Knechte konnten aber größtenteils untergebracht werden, da sich die Nachfrage infolge der bevorstehenden Erntearbeit gehoben hat. Ungerlehrte Arbeitskräfte waren dagegen nicht gesucht. Die Nachfrage nach Schweigern steigerte sich erheblich, während Gutsbeamte nicht unterzubringen waren.

Es besteht Aussicht, nach Beendigung der Spargelernte geeignete Mädchen aus den Spargelplantagen für die Landwirtschaft zu gewinnen. Da aber hauptsächlich gelehrt Knechte gesucht werden, dürfte es kaum möglich sein, mit den nach der Spargelernte freierwerdenden Mädchen den Bedarf der Landwirtschaft restlos zu decken.

Im Bergbau ist durch die ankommende Verschlechterung des heimischen Arbeitsmarktes das Angebot an ungerlehrten Arbeitskräften aus dem Ruhrbezirk selbst im Steigen begriffen, so daß der Bedarf der Bergwerksverwaltungen an auswärtigen Arbeitern ein immer geringerer wird.

In der Metallindustrie nimmt die schon im vorigen Bericht angekündigte Arbeitslosigkeit erheblich zu. In der Reimer Metallindustrie verschärft sich die Lage von Tag zu Tag. So mußte wiederum eine Firma in Reimer 30 Mann kündigen, die in nächster Zeit zur Entlassung kommen. Da diese Leute früher schon in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wird eine Wiederverwendung in landwirtschaftlichen Betrieben angestrebt. Die Maschinensfabrik Stille in Münster kündigte am 12. Juni 1920 wiederum 150 bis 200 Arbeitern wegen Arbeitsmangel. Voraussichtlich wird die wöchentliche Arbeitszeit bei dieser Firma auf 36 Stunden herabgesetzt werden müssen, während früher zweischicht gearbeitet wurde, kann heute nur noch einschicht gearbeitet werden. Die Betriebslage in der westfälischen Metallindustrie in Lippstadt hat eine kleine Besserung erfahren, so daß in einzelnen Abteilungen etwa hundert Personen wieder volle acht Stunden arbeiten können.

Die Textilindustrie ist unverändert. Im Rheinischer Bezirk mußten zwei Textilfabriken in der Berichtswache je einen Tag aussetzen.

In der Holz- und Möbeldindustrie wurden weitere Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen gemeldet, die aus Mangel an anderweitigen Arbeitsmöglichkeiten zu einer erheblichen Arbeitslosigkeit in dieser Berufsgruppe

führen. Eine Fassfabrik in Münster mußte wegen Arbeitsmangel die Arbeitszeit auf 6 Stunden täglich herabsetzen.

Die Freifahrtsscheine zur Ost-Abfuhr.

Der Deutsche Schutzverband teilt mit: Die Erschwerungen, die dem Transport der stimmberechtigten Ost- und Westpreußen in die Heimat durch die polnischen Verkehrsbeschränkungen erwachsen, machen es notwendig, daß die mit einem Freifahrtsschein des Schutzbundes ausgestatteten Reisenden sich auf genaueste an den vorgeschriebenen Reisetag und Zug, besonders auch für die Rückreise halten. Die Freifahrtsscheine gelten nur für den Zug, auf den sie ausgestellt sind. Im Interesse der Gesamtheit der Stimmberechtigten hat die Eisenbahnverwaltung die Benutzung anderer als der vorgeschriebenen Züge für unzulässig erklärt. Für verlorengegangene oder verfallene Freifahrtsscheine kann der Deutsche Schutzverband, der jeden ausgegebenen Freifahrtsschein bezahlen muß, keinen Ersatz leisten. Um Irrtümer unter den Stimmberechtigten vorzubeugen, teilt der Deutsche Schutzverband weiter mit, daß alle auf den Transport bezüglichen Mitteilungen nur dann als verbindlich und zuverlässig anzusehen sind, wenn sie als vom Deutschen Schutzbund herührend gekennzeichnet sind, der allein die Transportfragen bearbeitet.

Wettervorhersage. Dienstag: Vorwiegend heiter und trocken, schwül, Gewitter.

Die Kreisynode Herford tritt am Donnerstag dieser Woche zu einer wichtigen Beratung zusammen. Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen öffentlichen Gottesdienst in der Jakobikirche, bei dem Pastor Meyerstedt-Deininghausen die Predigt halten wird.

b. Vom Radewiger Schützenfest. Am 4. Juli soll das diesjährige Schützenfest des Schützenvereins Herford-Radewig in altergebrachter Weise am Ofternbusch gefeiert werden, so wurde am Sonnabend in der Hauptversammlung des Vereins beschlossen. Bei Beginn war die Versammlung in Anbetracht dessen, daß der Verein über 500 Mitglieder zählt, recht schwach besucht, doch füllte sich der Saal mit der Zeit zusehends. Der Vorsitzende, Postsekretär T i e m a n n, wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich dem Fest entgegenstellten. Neben die Sorge um die hohen Kosten stellt sich die Frage nach einem großen Zelt. Eine Kommission, bestehend aus den Herren Nuade, Schöber und Winter, soll die Zeltfrage in den nächsten Tagen zu lösen versuchen, damit dann die gefassten Pläne ausgeführt werden können. Allerdings gibt's noch vorzubereiten. Die Wirtfrage muß gelöst, Karussell und Vergnügungsbuden mancherlei Art sollen aufgebaut werden und was sonst alles noch nun einmal zu einem richtigen volkstümlichen Schützenfest gehört. Den Herren Willes, Pracht und Brünger liegt es ob, für das große Wirtschaftszelt den Schantzweir zu gewinnen. Schließlich wurden noch die Herren Hartmann, Schöber und Rosenbaum zur Unterstützung des Schießmeisters Eggersmann bestimmt, um mit diesem Preise für das Preisloschießen zu beschaffen. Möglichst einfach, den Zeitverhältnissen angepaßt, auf den Ausmarsch wird man verzichten müssen, wird das Fest doch in gewohnter Weise gefeiert werden. Am Sonntag, den 4. Juli, wird der alte König, Herrh. Breder, fortgesetzt, am folgenden Tage ist das Königschießen, am Donnerstag eine Feier in der Woche und am darauffolgenden Sonntag die Feier für den neuen König. Hoffentlich wird die Zeltfrage sich zur Zufriedenheit lösen lassen, dann wird das Schützenfest am Ofternbusch Jung und Alt zu frohen Stunden vereinigen. Aber nicht nur Radewig und Radewiger Feldmark werden fröhlich sein an diesen Tagen, allen ist der Festplatz zugänglich, da der Schützenverein Herford-Radewig alle Bürger zum Feste laden will. Dann, auf zum Radewiger Schützenfest!

Ein Fortbildungskursus für Turn- und Sportwart sowie Vorturner veranstaltet der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen unter Leitung des Turn- und Sportlehrers v. Donop-Berlin in der Zeit vom 12. bis 24. Juli in Bielefeld. Es werden dazu 30 Teilnehmer zugelassen. Meldungen sind schleunigst an Turninspektor Schmale in Bielefeld zu richten. Jeder Teilnehmer hat 50 Mark zu den Unkosten beizutragen. Die Ausbildung erstreckt sich auf Geräteturnen, Leichtathletik, Spielen, Schwimmen, Ringen, Gewichtheben, Geräteturnen, Physiologie der Leibesübungen und Übungstheorie. Das Geräteturnen findet in der Halle der Turngemeinde Germania an der Paulusstraße, die Vorträge im Jugendheim dieser Halle, die leichtathletischen Übungen und Spiele auf dem Sportplatz des genannten Vereins an der Pottentau statt. Die Übungszeit erstreckt sich von morgens 8½ bis abends 7 Uhr mit einer Mittagspause von 12 bis 12½ Uhr.

wtb. Freie Kartoffeleinfuhr aus dem Auslande. Nach den bei der Reichsstaroststelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfsstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln aller Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Ankauf von Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln freizugeben. Da voraussichtlich von Mitte Juli ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, ist jedoch zunächst die Einfuhr bis zum 20. Juli befristet. Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Kartoffeln ebenfalls bis zum 20. Juli verlängert.

Die Verordnung über den Abzug von 10 v. H. vom Einkommen, Arbeitslohn, Gehalt usw. für die Steuern wird noch vielfach in dem Punkte mißverstanden, welcher Betrag eigentlich als abzugspflichtig anzusehen ist. Erläuternd bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Die Unklarheit kommt dadurch zustande, daß in dem Einkommensteuergesetz das tatsächliche Einkommen und das steuerpflichtige Einkommen auseinander gehalten werden. Von dem tatsächlichen Einkommen sind auf Grund des Gesetzes Abzüge zu machen, insbesondere ist das sogenannte steuerfreie Existenzminimum von 1500 M für den einzelnen, weitere 500 M für die erste zu seinem Haushalt noch dazugehörige Person und je 200 M für die weiteren hinzukommenden Personen bei Berechnung des Steuerfusses abzuziehen. Angenommen ein Lohnneinkommen von 15 000 M bei einem Steuerpflichtigen, der vier Personen zu ernähren hat, so beträgt das steuerpflichtige Einkommen 15 000 M minus 1500 M für den Steuerpflichtigen, 500 M für die erste zugehörige Person, 200 M für die weiteren drei Personen, also 12 300 M.

igen, der ver-
Markt + 500
abzuziehen, b-
12 600 M. D-
des Lohnabzu-
hat 10 v. H.
abzuziehen b-
Steuerkarte
lichen Abzüge
Finanzamt
nehmer unter
gewiesenen A-
richtigen ha-
erstattet wi-
Steuer gering-
Möglichkeit
men unter 80

h. Motho.
Tagen eine hie-
geleiteter Her-
ihre auswärtig
den gemacht h-
Frau die Sch-
geheißt. Die
macht der Fre-
12 M das W-
sich riesig freu-
bieten zu könn-
hat geben laß-
ein. Dem freu-
in O., woher e-
er bei sich, ab-
lich, sie ihm al-
auf, die der G-
pfandung seine-
Er erhält das
rauf erfährt F-
Sohn Schwind-
Uhr abschaffen
und die Kette
daß der edle F-
50 M durchge-
beschwindelt ha-
Mann habe sie
können ihn mit
die nur 50 M
erklärte sich
Tageeinnahme
von ihm wieder

Bielefeld
der des Biele-
eingebauten
600 Lounen
peller los un-
eines Verbot-
glücklich an d-

ie. Minder-
stiftung ist als
verfugung
toffe bewirkt
— 124 Mil-
von 30 M für
aber frei zu ge-
sie sich an d-
Kartoffelpreis
Eindeutung d-
im Hinblick
schonungsm-
beschloß das
aufstehenden 70
aufstehenden 70
Zu einer lebb-
der neuen F-
macht werden
stimm auf den
bestreiten. Di-
einem Einkom-
Reichenswag-
beranlaßt die
soziale Vorlage
Finanzkommissi-
lagen enthalt-
zwei St-
Bauer (Soz.),
vorzubeugen, vo-
Beschaffung vo-
3000 M von S-
nachtsbeherber-

h. Min-
ment Nr. 15
ziere und M-

Aus M-

Gewalttätig-

Osabrück.

Gemüße fehte
freit ein. S-
Da die Verfü-
ren Gewalttät-
Trupps durch
mittelschäft-
zu 4 M bis
statt zu 26 M
Nachmittag
miert war, um
das Publikum

Sp

wegen Arbeits-
ich herabsetzen.
mung.

Die Erbschwe-
igten Ost- und
ichen Verkehrs-
endig, daß die
ausgestatteten
riebenen Reise-
je halten. Die
den sie ausge-
Stimmberer-
ung anderer
erklärt. Für
ine kann der
nen Fahrchein
rtümer unter
der Deutsche
ansport bezüg-
ch und zuge-
tlichen Schutz-
in die Trans-

Vorwiegend

unterstag die-
ammen. Die
en öffentlichen
or Meherfest-
Zuli soll das
Herford-Nade-
gefeiert wer-
verversammlung
Versammlung
00 Mitglieder
Saal mit der
T i e m a n n,
sich dem Fest
hohen Kosten
Eine Kommit-
und Winter,
ien versuchen,
führen kann.
tage muß ge-
relei Art sollen
nun einmal
gehört. Dem
ob, für das
annen. Schließ-
und Rosen-
Eggermann
eischließen zu
stufen ange-
müssen, wird
werden. Am
enjh. Breder,
schließen, am
darauffolgen-
Gossentlich
lassen, dann
und Alt zu
Madewig und
diesen Tagen,
enverein Her-
will. Dann,

Turn- und
der Deutsche
ng des Turn-
vom 12. bis
teilnehmer zu
Turninspektor
hat 50
bildung er-
t, Spielen,
Physiologie
Geräturnen
inia an der
dieser Halle,
dem Sport-
u statt. Die
abens 7 Uhr

Mande. Nach
Nachrichten
it Kartoffeln
Frühkartoffel-
Ernährung
t, von einem
Holland Ab-
offeln freizug-
eutsche Früh-
igung stehen.
Zuli befristet-
ienischer und
li verlängert.

10 v. S. vom
Steuern wird
elcher Betrag
eläuternd be-
ie Unklarheit
enstenergesetz
ichtige Ein-
dem tatsäch-
Abzüge zu
reie Existenz-
re 500 M für
Person und
Personen be-
ingenommen.
Steuerpflich-

tigen, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, so sind 1500
Mark + 500 Mark + 400 Mark, im ganzen also 2400 M
abzuziehen, das steuerpflichtige Einkommen beträgt dann
12 600 M. Diese Berechnung kommt bei der Durchführung
des Lohnabzuges zunächst nicht in Frage. Der Arbeitgeber
hat 10 v. S. vom tatsächlich gezahlten Lohn oder Gehalt
abzuziehen bzw. eine entsprechende Steuermarkte in die
Steuerkarte einzutragen. Die Berücksichtigung der mög-
lichen Abzüge erfolgt erst bei der Veranlagung durch das
Finanzamt. Diese Veranlagung ergibt dann, ob der Arbeit-
nehmer unter Anrechnung der durch diese Steuerkarte aus-
gewiesenen Beträge noch eine weitere Steuersumme zu ent-
richten hat oder ob ihm etwa ein Teil der Summe zurück-
erstattet wird (wenn die endgültig für ihn veranlagte
Steuer geringer ist als die gemachten Abzüge). Die letzte
Möglichkeit kommt jedoch nur für steuerpflichtige Einkom-
men unter 8000 M in Frage.

Amt Blotho.

Hl. Blotho, 19. Juni. Einen bösen Reinfall erlebte vor einigen
Tagen eine hiesige Kaufmannsfrau. Kommt da zu ihr ein elegant
gekleideter Herr und eröffnet ihr nach anfänglichem Zögern, daß
ihre auswärtig in Stellung befindlicher Sohn bei ihm 190 M Schul-
den gemacht habe — wobei er natürlich darauf rechnet, daß die
Frau die Schulden ihres Sohnes begleichen wird. Aber weit
gefehlt! Die Frau weiß diesen Gedanken weit von sich. Darauf
macht der Fremde den Vorschlag, Frau B. Wurst und Butter zu
12 M das Pfund zu verschaffen und unsere Kaufmannsfrau, die
sich riesig freut, dem Publikum einmal etwas wirklich Williges an-
bieten zu können, geht denn auch, nachdem sie sich die Versicherung
hat geben lassen, daß sie die Sachen verkaufen darf, gern darauf
ein. Dem Fremden Herrn setzt aber zum Mißfall des Geschäftes
in D., woher er die Waren holen will, etwas Geld. 2900 M hat
er bei sich, aber 400 M fehlen ihm. Frau B. ist sicher so freund-
lich, sie ihm als Voranschuss zu geben? Jetzt steigen dieser Bedenken
auf, die der Fremde aber mit biederem Redensarten und durch Ver-
pöndung seiner Uhr im Werte von 800 M zu beschwichtigen weiß.
Er erhält das Geld und verschwindet mit demselben. Gleich da-
rauf erfährt Frau B., daß zunächst einmal die Geschichte mit ihrem
Sohn Schwindel ist. Banger Ahnung voll, läßt sie schleunigst die
Uhr abschätzen und erhält die Auskunft, daß diese höchstens 50 M
und die Kette vielleicht 5 M wert ist. Mittlerweile hört sie auch,
daß der edle Fremdling dem Gasthofbesitzer B. mit einer Beche von
50 M durchgegangen ist und daß er eine Frau R. dadurch um 50 M
beschwindelt hat, daß er ihr vorluntekte, ihr im Ruhrgebiet tätiger
Mann habe sich durch Schieberen u. s. w. strafbar gemacht, und er
könne ihn mit einem Geldopfer von 100 M freisprechen. Die Frau,
die nur 50 M im Hause hatte, gab diese hin und der Hochstapler
erklärte sich damit einwilligen zusehendergestellt. Mit dieser reichen
Zagseinnahme ist der Hochstapler verschwunden und Niemand hat
von ihm wieder etwas gehört.

Bielefeld, 18. Juni. Vorgestern Abend waren Mitglie-
der des Bielefelder Flugvereins mit dem Abbrennen eines
eingebauten 160 PS. Flugmotors beschäftigt. Bei etwa
600 Louren riß sich aus unausgesprochenen Gründen der Pro-
peller los und traf das Mitglied S. L., das sich entgegen
eines Verbots vor dem Apparat aufgestellt hatte, so un-
glücklich in den Kopf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

ie. Minden, 18. Juni. Aus der gestrigen Stadtverordneten-
sitzung ist als beachtenswert die Aussprache über die Kartoffel-
verorgung hervorzuhelien. Durch die Regelung, die die Kar-
toffelverwirtschaftung im laufenden Wirtschaftsjahre erfahren hat
— 124 Millionen Zentner durch Lieferungsverträge zum Preise
von 30 M für den Zentner an den Erzeuger zu erfassen, den Rest
aber frei zu geben —, sah sich die Stadt vor die Frage gestellt, ob
sie sich an den Verträgen beteiligen oder in der Hoffnung, daß der
Kartoffelpreis nach Freigabe sinken würde, der Einwohnererschaft die
Einkaufung durch den freien Handel überlassen sollte. Besonders
im Hinblick auf die Nähe des Industriegebietes, die eine Ueber-
schneidung des Mindener Kreises durch Puffkäufer erwarten läßt,
beschloß das Kollegium einstimmig, von den der Stadt Minden
aufstehenden 70 000 Zentnern Vertragskartoffeln 50 000 Zentner an-
zukaufen, um so einen sicheren Bestand an Kartoffeln für die Er-
nährung der Bevölkerung unter allen Umständen zu bekommen.
Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei der Beratung
der neuen Friedhofsanordnung, durch die der Verzicht ge-
macht werden sollte, die Unterhaltung des Friedhofes auch in Zu-
kunft aus den laufenden Einnahmen der Friedhofsverwaltung zu
bestreiten. Die geradezu phantastische Höhe der Gebühren — bei
einem Einkommen von 5000 bis 7500 — allein für Benutzung des
Leichenhauses 240 M und für Errichtung des Grabes 240 M —
veranlaßte die Mehrheit der Stadtverordneten, diese durchaus un-
soziale Vorlage an die Friedhofs- und Parkkommission und an die
Finanzkommission zurückzuweisen. Aus der sonst nur kleinere Vor-
lagen enthaltenden Tagesordnung wäre noch die Einführung
zweier Stadtverordneten Wille (Rechte) und Frau
Bauer (Soz.), sowie die Annahme zweier Schenkungen her-
vorzuheben, von in Amerika lebenden Mindenern 13 241,80 M zur
Befriedigung von Nahrungsmitteln für unterernährte Kinder und
3000 M von Stadtrat Scheidemann, deren Zinsen zur Wei-
nachtsbeförderung bedürftiger Kinder Verwendung finden sollen.

Hj. Minden, 18. Juni. Vom Reserve-Infanterie-Regi-
ment Nr. 15 sind im Kriege 80 Offiziere und 2328 Unteroffi-
ziere und Mannschaften gefallen.

Nus Nachbarschaft u. aller Welt.

Gewalttätigkeiten wegen der hohen Obst- und Gemüsepreise.

Osnebrück, 19. Juni. Infolge der hohen Preise für Obst und
Gemüse setzte auf dem heutigen Wochenmarkt zunächst ein Käufer-
streik ein. Schließlich setzte das Publikum selbst die Preise fest.
Da die Verkäufer sich dem Zwange fügten, kam es nicht zu größe-
ren Gewalttätigkeiten. Anschließend hieran zogen verschiedene
Trupps durch die Stadt und schrieben den Gemüse- und Lebens-
mittelgeschäften die Preise vor. So wurden Obst und Gemüse statt
zu 4 M bis zu 50 S das Pfund verkauft, Fleischwaren, Butter u. s. w.
statt zu 26 M zu 12 und 10 M. In der Mörferstraße kam es am
Nachmittag zwischen einem Zug der Ortswehr, der inzwischen alarm-
iert war, und der Menge zu einem Zusammenstoß, der aber, da
das Publikum der Waffe wich, unblutig verlief.

Ein Dynamitanschlag gegen das Essener Kriegsgericht.

Essen, 20. Juni. Ein ruchloser Dynamitanschlag ist auf das
außerordentliche Kriegsgericht in Essen verübt worden. Bei dem
genannten Gerichte lief ein Einschreibepaket aus Buer ein, das als
Absender die Adresse des außerordentlichen Kriegsgerichts Buer und
den Stempel dieses Gerichts mit dem Vermerk „Heeresache“ trug
und an das außerordentliche Kriegsgericht in Essen gerichtet war.
Das sechs bis acht Pfund schwere Paket enthielt Dynamit und
Zündpatronen. Der Sprengstoff entzündete sich beim Verladen.
Er gehört zu dem gefährlichsten seiner Art, da er zu unterirdischen
Sprengungen Verwendung findet. Der hinzugezogene bergtechnische
Sachverständige bezeichnete es als ein Wunder, daß der ruchlose
Anschlag ohne die beabsichtigte Wirkung geblieben ist, da der In-
halt des Paketes bei jeder heftigen Behandlung mit Sicherheit hätte
explodieren müssen. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat er-
geben, daß das Kriegsgericht das Dynamitpaket nicht zur Post ge-
geben hat.

Nach Lage der Dinge ist anzunehmen, daß es sich hier um ein
spartakistisches Verbrechenskomplott handelt, das einen Raubakt ge-
gen die richterlichen Beamten des Essener Kriegsgerichtes wegen
der Verurteilung von Rotgardisten unternommen hat.

Eine Schadenersatzklage gegen Kassenärzte.

Elberfeld, 20. Juni. Die Ortskrankenkassen von Barmen und
Elberfeld hatten gegen die Kassenärzte eine Schadenersatzklage ge-
gen Vertragsbruches angestrengt. In dieser Klage erkannte gestern
das hiesige Landgericht dahin, daß die triftlose Kündigung des zwi-
schen beiden Parteien abgeschlossenen Vertrages bis zum 15. April
seitens der Ärztevereinigung unwirksam und der Vertrag bis zum
30. Juni wirksam ist. Auf den beantragten Schadenersatz wurde
vom Gericht nicht erkannt; jeder der Parteien ist die Hälfte der
Kosten auferlegt worden.

Ein Hochstaplerneft ausgehoben.

hi. Hattingen, 19. Juni. Ein Hochstaplerneft konnte in einer
Villa in Dahlhausen mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei ausge-
hoben und die Verbrecher dingfest gemacht werden. Die Gauer
hatten auf dem Bahnhof in Köln mehrere Koffer mit Juwelen für
ein Berliner Juwelenhaus im Werte von 1/2 Mill. Mark gestohlen.
Ein Teil der Sachen wurde in Berlin gefunden. In Dahlhausen
wurden für 170 000 M Wertgegenstände beschlagnahmt.

Gemeiner Leichenraub.

Wth. Götlich, 19. Juni. Gestern nachmittag wurde hier die
Leiche eines hiesigen Stadtgartenbesizers beerdigt. In der letzten
Nacht ist von unbekannten Tätern das Grab aufgeschauelt worden.
Der Sarg wurde erbrochen, die Leiche vollständig entkleidet und
sämtlicher Sachen beraubt. Die Leiche wurde heute früh am Grabe
aufgefunden.

Strafkammer.

cr. Bielefeld, 19. Juni.

Der 18 Jahre alte angebliche Händler Walter Hagemeier von
Bünde und der im gleichen Alter stehende Handlungsgehilfe Oskar
Schmittler aus Emigloh, welche beschuldigt waren, seit Februar
v. J. ohne behördliche Erlaubnis einen umfangreichen Handel mit
Tabak, Zigarren und Zigaretten betrieben zu haben, waren vom
Schöffengericht zu Bünde zu einer Geldstrafe von 500 M bzw.
30 M verurteilt worden. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft
hin, der diese Strafe zu niedrig erschien, wurde das Urteil im
Strafmaß abgemindert und Hagemeier zu einer Geldstrafe von
2000 M und Schmittler zu einer solchen von 500 M verurteilt.

Wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung stand unter
Anlage der früheren Landbriefträger Wilhelm Peck von Möllber-
gen bei Blotho. Der seit dem 2. Juni v. J. im Postdienst ange-
stellte Beamte hat in der kurzen Zeit von Juli bis September v. J.
wo seine Tat entdeckt wurde, nicht weniger als 7307,55 M unter-
schlagen, und um seine Unterschlagungen zu verdecken, die diesbe-
züglichen Postanweisungssquittungen gefälscht. Er erhielt wegen
schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Amtsunterschlagung
6 Monate Gefängnis.

Im November bzw. Dezember v. J. wurden in Dehnhausen
und Umgebung eine Anzahl gleichartig ausgeführte Einbruchsdiebst-
stahle festgestellt, die den Schutz berechtigten, daß alle diese Dieb-
stahle von ein oder denselben Dieben ausgeführt sein müßten. In
den meisten Fällen haben die Diebe mit einem Glaschneider ein
Eintritt in den Fenster- oder Schloßschloßschloßschloßschloß
und so sich Einlaß in Wohnungen und Kassen verschafft. Eines Tages
kam man den Dieben auf die Spur, indem man in einem alten
verlassenen Keller am Sief durch Zufall das Nachtlager der Diebe
entdeckte und einen Reiseforb, der eine Menge Sachen barg, die in
Dehnhausen gestohlen waren. Die Spitzhaken hatten offenbar Wind
bekommen und das Weite gesucht. Den Bemühungen der Polizei
gelang es endlich, einen der Vangfinger, der inzwischen anderweitig
erwischt war, im Gefängnis zu Minden ausfindig zu machen und
die Diebstahle klar zu stellen. Es handelte sich um den 21. Jahre
alten Tischler Paul Busch und dessen Bruder, den 19 Jahre alten
Arbeiter Otto Busch aus Dortmund. Es wurden bei beiden allein
5 schwere Diebstahle festgestellt. Der Gerichtshof erkannte gegen
sie auf 1 Jahr 3 Monat bzw. 1 Jahr Gefängnis.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem
Leserkreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Lebensmittelsteuerung in Herford und ihre Ursache.

Am Sonnabend wurden auf dem Wochenmarkt Erbsen und
Salat von auswärtig angefahren und bedeutend billiger verkauft
als die Waren hiesiger Händler. Sofort verdachten diese das Ge-
misse aufzukaufen, wahrheitsgemäß, um ihre Preise hoch zu halten.
Es wäre angezeigt, wenn von der Stadtverwaltung Schritte getan
würden, um derartiges zu verhindern. Wir brauchen auch hier,
wie anderwärts, billiges Gemüse, denn jetzt, da die Arbeitslosigkeit
so um sich greift, sind die Hausfrauen kaum mehr in der Lage, die
geforderten Preise zu zahlen. Sind die Preise einigermaßen er-
schwinglich, so ist damit auch die beste Gewähr für Ruhe und Ord-
nung und gegen Diebstahl gegeben.

Die Frau eines Arbeitslosen.

Sport.

Fußball. Unter Leitung des bewährten Schiedsrichters Dr.
Bamons-Göln gelangte in Frankfurt a. M. vor einer gewaltigen
Zuschauermenge das Entscheidungsspiel um die deutsche Fußball-
meisterschaft zum Austrage. Der F. C. Nürnberg blieb mit 2:0
Sieger über den bisherigen deutschen Meister Spielvereinigung
Fürth. Ueber den Spielverlauf ist kurz zu sagen, daß die Nürn-
berger den Sieg lediglich ihrer großen Energie und Durchschlags-
kraft zu verdanken haben. Fürth stellte technisch die bessere Mann-
schaft; ihre Spielweise war jedoch zu weich, um sich dem forchen
Spiel der Nürnberger gegenüber behaupten zu können. si.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Kursnotierungen:	19. Juni		18. Juni	
	Geld	Beif	Geld	Beif
Amsterdam-Rotterdam	1378,60	1381,44	1383,60	1386,40
Brüssel-Antwerpen	319,15	314,85	317,15	317,85
Christiania	674,30	675,70	674,30	675,70
Kopenhagen	641,35	643,15	639,35	640,65
Stockholm	841,35	843,35	839,15	840,85
Helsingfors	177,80	181,10	181,80	182,20
Trieste	229,10	230,25	232,25	232,75
London	152,60	154,01 1/2	153,53	153,95
Rembort	38,57 1/2	38,64 1/2	38,57 1/2	38,67 1/2
Paris	305,20	305,83	307,20	307,80
Schwyz	697,30	700,40	699,30	713,25
Spanien	639,35	640,65	644,33	645,65
Wien (allg.)	—	—	—	—
do. (Deutsch-Öst. abgeseimp.)	26,59 1/2	28,65 1/2	26,97	27,08
Prag	85,65	85,85	85,90	86,10
Budapest	21,97	22,03	22,09 1/2	22,15 1/2

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 19. Juni.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Safer per
1000 kg auf Abladung 2310—2320 M. ab Station. Tendenz matter.
Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg
ab Station:

	19. 6.	18. 6.		19. 6.	18. 6.
Victoriaerbsen	120-150	120-140	Stroh, gepreßt	8-9	8-9 1/2
- gelb u. grün	100-125	100-125	- gebünd. 7 1/2	8-9	8-9
Bohnen, weiße	—	—	Runkelrüben	—	—
Bohnen, gelbe	85-95	85-95	Kohlrüben, gelbe	—	—
Bohnen, weiße	85-95	85-95	- weiße	—	—
Wicken	65-75	70-75	Trodenschnitzl	57-68	57-68
Erbsen, gelbe	40-65	40-65	- Pat. Strößen 55-100	95-100	—
- blaue	—	—	Kartoffeln, inländ.	—	—
Serradella	42-50	42-50	Möhren, rote	—	—
Sen, lose	18-20	18-20	Buchweizen	—	—

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reisk; für
den Inzeratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Bohnenmehl, als Futter für Kühe und Schweine wird
im Futtermittelager Weddigen, Diebroderstraße 42, zum Preise
von 160 M per Zentner abgegeben.

Thomasmehl ist in der städtischen Markthalle der Zentner zu
40 M zu kaufen.

Riften. In der städtischen Markthalle steht ein größerer Posten
leerer Riften zum Verkauf.
Herford, den 21. Juni 1920. Lebensmittellamt.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Herstellung einer geologischen Karte von Preußen.

Die Staatsregierung hat die Herstellung einer geologischen
Karte von Preußen unternommen.

Mit der Ausführung der betreffenden Arbeiten in dem hie-
sigen Kreise sind der Bezirksgeologe Dr. Westwerdt und der Geologe
Dr. Burre aus Berlin beauftragt worden.

Mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit dieser Arbeiten und ihre
Wichtigkeit für die Interessen der Land- und Forstwirtschaft und
der Industrie ist es dringend erwünscht, daß die Ortsbeschörden und
Kreiseingefessenen die Genannten bei ihren Arbeiten unterstützen
und sie namentlich von etwa gemachten geologischen Funden und
Beobachtungen, welche für die Kartenaufnahme von Interesse sein
können, in Kenntnis setzen.

Von Seiten der Geologischen Landesanstalt sind die genannten
Beamten mit Legitimationskarten versehen worden.

Herford, den 14. Juni 1920.

Der Landrat.

Polizeiverordnung zum Schutze des Maulwurfs.

Auf Grund der §§ 137, 139, 140 des Gesetzes über die allge-
meine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 in Verbindung mit
§§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März
1850 und § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880
wird nach Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des
Regierungsbezirks Minden verordnet:

Einziger Paragraph.

Der Strafe des § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes unter-
liegt, wer Maulwürfe fängt oder tötet oder in öffentlichen Anstän-
dungen sich zur Abnahme von Maulwürfen oder Maulwurfsstellen
erbietet oder zu ihrem Angebot auffordert.

Das Verbot findet keine Anwendung auf den Fang oder das
Töten von Maulwürfen in geschlossenen Gärten oder auf Deichen
oder anderen Dämmen, die der Abwehr von Uebersflutungen dienen.

Die Ortspolizeibehörden werden ermächtigt, bestimmten Per-
sonen den Fang von Maulwürfen auch an anderen als den im
Abw 2 bezeichneter Orten durch Erteilung eines schriftlichen Er-
laubnißscheines auf Antrag des Nahrungsberechtigten des Grund-
stückes zu gestatten.

Minden, den 5. Juni 1920.

Der Regierungspräsident.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

Herford, den 19. Juni 1920.

Heute morgen 7^{1/2} Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im hohen Alter von 82 Jahren, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, die Witwe

Dorothee Ströter

geb. Schmidt.

Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs aus statt.

Achtung!

Komme Dienstag auf den Wochenmarkt wieder mit einer großen Sendung prima neuer

Bollheringe

zu den staunend billigen Preisen von 90 Pfg.

W. Diekmann, Bielefeld.

Tipographie

(geschäftlich geschätzt) ist ein bewährtes Blutreinigungsmittel.

Viele tausend Dankschreiben vorhanden. Dieser Tee ist erfolgreich bei Nervenleiden, Rheumatismus, Augenleiden, Skrofulose, Arterienverkalkung, Hartleibigkeit, Tuberkulose, Lähmungen und Schlaganfällen.

Ein Paket Mark 5, Porto extra, bei 6 Paketen mit Nachnahme. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von: Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller Schmiedefeld, Thür., Kreis Schleifungen.



Druckfaden

aller Art liefert prompt

Fr. Kühle

Herford // Rennstraße.

Die Verlobung unserer Tochter Margarete mit Herrn Maximilian Picard geben wir hiermit bekannt.

Fritz Nürge und Frau.

Herford, Hansastr. 17.

Margarete Nürge
Maximilian Picard

Verlobte.

Herford, Sudberg (Rhld.)

Juni 1920.

TRIUMPH

Deutsche Arbeit

Schreib-Maschine

Allen // voran

Lieferung ab Lager.

Generalvertreter: **HERMANN STENVERS**

Telefon 365 MINDEN I. W. Markt 18.

/// Ausführung sämtlicher Reparaturen. ///

Brintmanns Garten

Dienstag abend, 8^{1/2} Uhr:

Konzert

des Städt. Orchesters.

Jahres-Versammlung

des

Mobilien-Unter-

stützungsvereins

für den Herforder Landbezirk

am Montag, d. 28. Juni,

nachmittags 5 Uhr

im Evang. Vereinshaus.

Tages-Ordnung:

1. Verwaltungsbereich,

2. Jahresrechnung 1919,

3. Erhebung von 2 Beitrags-

raten,

4. Verschiedenes.

Herford, den 18. Juni 1920.

Das Direktorium:

v. d. Schulenburg, Niederbäum.

Turngemeinde

Herford.

e. V. d. D. L.

Mit Rücksicht auf das Schau-

turnen bitte ich alle

aktiven Turner

pünktlich auf dem Turnboden

zu erscheinen.

Der Turnwart.

Junges Mädchen

für alle Arbeiten zu sofort gesucht.

Credenzstraße 32.

Leistungsfähige

Weingroßhandlung

sucht bei Wiederverkäufern und

Privaten besten eingeführten

Vertreter

Angebote unter 8600 an die

Geschäftsstelle des Bz.

Tägl. 25 M. zu verdienen. Näh.

bis 25. im Prop. Joh. 6.

Schulz, Adressenverf., Gln 690.

Es peinigt Sie

und läßt Ihnen keine Ruhe, be-

sonders nachts, wenn Sie

Sauftücken, Krätze,

verhindert oder innerhalb 2

Tagen nach dem Gebrauch m.

Spezialpräparates Nr. 10 M.

8.25, zur Unterstüßung dem

m. Spezialtee Nr. 3 Pat. M.

5.-, 3 Pat. M. 13.50.

Offene Beine

Krankheiten

geschwüre usw. befeuchtet mein

Mutter Obein" Kiosker-Bun-

dererum M. 6.75 und 9.75.

Sämtl. Präparate nur echt geg

Nachn. zuzüglich Porto u. Ver-

packung, vom

Laborat. Köwenhof 22

Dortmund 100.

la Leinölfirnis

empfehlen zum heutigen Tages-

preis

W. Schlüter,

Waltgeriestr. 56, Telefon 737.

Brennholz

prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Oefenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.

Buchen-Scheitholz

für Bäder ab Waggon zu Vorzugspreisen.

H. Wilke, Herford

Fernsprecher 489.

Diebroderstr. 8.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwestdeutsch-

lands bedeutendste und verbreitetste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten und Kupferstichdruck-Beilage Rundschau im Bilde

Wöchentlich zwölf Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):

monatlich M. 9.-, vierteljährlich M. 27.-

Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):

monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50

Probenummer kosten- und porto frei

Auslands- und Wochen-Ausgabe

des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Übersee-Zeitung

reich illustriert in Kupferstichdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 6.-, vierteljährlich

Wir versenden an uns aufgegebenen Adressen

von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif

la. Fussbodenöl

hat äußerst preiswert abzu-

geben

W. Schlüter, Waltgeriestr. 56

Telefon 737.

Mehrere

gebrauchte

Fahrräder

hat billig abzugeben

G. Marten, Credenzstr. 24,

Fahrabhang.

Herzmitrostrop

zu kaufen gesucht.

Angeb. unter 8701 an die

Geschäftsst. dieser Ztg.

Schwarzer

Gehrod-Anzug

(mittl. Figur) zu verkaufen.

Almshofstraße 118.

Der Reichsminister der Finanzen.

Berlin, 21. Mai 1920.

III. Rn. 11 604.

Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes vom 2. März 1920 hat der Arbeitgeber nach näherer Anordnung des Reichsministeriums der Finanzen bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerfen. Im Hinblick auf § 51 des genannten Gesetzes findet diese Vorschrift auch auf die öffentlichen Beamten und auf sonstige Bedienstete öffentlich-rechtlicher Verbände, wie auch auf Pensionäre Anwendung. Auf Grund des § 52 des Eink.-St.-G. habe ich in Abschnitt III der beigefügten Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920, die in Kürze im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht werden, vorgeordnet, daß das Landesfinanzamt oder in dessen Auftrage das Finanzamt auf Antrag des Arbeitgebers zuassen kann, daß eine Verwendung von Steuermarken unterbleibt und daß die Einzahlung des einbehaltenen Betrages in bar oder durch Ueberweisung bei der Steuerbehörde erfolgt, die für die Entrichtung der von dem Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist. Durch diese Ausnahmevorschrift soll insbesondere auch vermieden werden, daß für die Beamten und Bediensteten der öffentlich-rechtlichen Korporationen Steuerarten ausgestellt und Steuermarken verwendet werden müssen. Ich wäre dankbar, wenn auch für den dortigen Geschäftsbereich von diesen Vorschriften Gebrauch gemacht und das Erforderliche wegen unmittelbarer Ueberweisung der einbehaltenen Beträge veranlaßt würde. Einer besonderen Genehmigung durch die Landesfinanzämter bedarf es für die öffentlich-rechtlichen Verbände nicht mehr. Ich füge ergebenst an, daß die Vorschriften der §§ 45-52 des Einkommensteuergesetzes mit dem 25. Juni 1920 in Kraft getreten sind.

Wie mir bekannt ist, war es in einzelnen Ländern seither schon für die Beamten möglich, ihre Steuern durch Abzug von ihrem Dienstlohn zu entrichten oder entrichten zu lassen. Gegen eine Beibehaltung dieses Verfahrens habe ich unter den Voraussetzungen keine Bedenken, daß dabei mindestens 10 vom Hundert der jeweiligen Bezüge einbehalten und an die Steuerbehörden abgeführt werden.

Den Landesfinanzämtern habe ich Abdruck dieses Schreibens zugehen lassen und sie zugleich ersucht, sich mit den Gemeinden ihres Bezirkes wegen des gleichen Verfahrens in Verbindung zu setzen.

gez. Dr. Birkh.

An die Regierungen der Länder.

Das Finanzamt Herford.

Herford, den 17. Juni 1920.

Zg. Nr. 843.

Nach Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 21. Mai 1920 treten die Vorschriften der §§ 45-52 des Einkommensteuergesetzes vom 2. März 1920 mit dem 25. Juni 1920 in Kraft. Die betreffenden Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes lauten wie folgt:

§ 45. Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte (§ 46) des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerfen.

§ 46. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich vor Beginn eines

jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- und Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen oder diese Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einlegen und Entwerfen der Steuermarken vorzulegen.

§ 47. Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn den nach § 45 einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitnehmer in der Steuerkarte eingelebten und entwerfeten Steuermarken zu geben.

§ 48. (1) Der Arbeitnehmer kann die in seiner Steuerkarte und in den Steuerarten solcher Haushaltungsangehörigen, deren Einkommen ihm zugurechnen ist, eingelebten und entwerfeten Steuermarken unter Abgabe des entsprechenden Teiles der Steuerkarte spätestens innerhalb der nächsten drei Kalendervierteljahre auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungsstatt hingeben.

(2) Uebersteigt der Wert der nach Absatz 1 hingebenen Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag, so hat das Finanzamt den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten.

§ 49. Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Steuerarten werden ersetzt. Die in solchen Karten nachweisbar eingelebten und entwerfeten Steuermarken werden ihrem Werte nach auf die Steuerschuld angerechnet; eine bare Herauszahlung findet in diesen Fällen nicht statt.

§ 50. Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung des im § 45 bestimmten Betrages neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

§ 51. Die Vorschriften der §§ 45-50 gelten auch für die sonstigen Fälle des § 9 Nr. 1 und für die Fälle des § 9 Nr. 3 entsprechend.

§ 52. Der Reichsminister der Finanzen kann ein von den Vorschriften der §§ 45-49 abweichendes Verfahren zulassen. Zu diesen Gesetzesvorschriften sind besondere Ausführungsbestimmungen erlassen, aus denen besonders folgendes hervorzuhellen ist:

Die Einbehaltung von zehn vom Hundert des Lohnes unterbleibt, solange der Arbeitnehmer das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Als Lohnzahlung im Sinne des § 45 E. G. gelten nicht nur alle Barzahlungen an Arbeitsdienst, Gehalt, Besoldungen, Pensionen und dergl., sondern auch der Wert der Natural- und Sachbezüge. Als Arbeitslohn gelten nicht diejenigen Gebühren, die auf Grund der Militärpensionen- und Versorgungsbezüge gezahlt werden. Bezüge aus einer Krankenversicherung, sowie alle Pensionen und dergl., falls der Jahresbetrag 1500 M nicht übersteigt.

Die Steuermarken werden bei den Postanstalten zum Verkauf gestellt. Nähere Angaben über das Einlegen und Entwerfen der Steuermarken befinden sich auf der Steuerkarte.

Das Finanzamt kann auf Antrag einzelnen Arbeitgebern gestatten, daß sie für ständig bei ihnen beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende jeden Monats oder Kalendervierteljahres — spätestens jedoch beim Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Dienstverhältnis — für den während des entsprechenden Zeitraums einbehaltenen Betrag entwerfen und in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einlegen.

Legt der Arbeitnehmer bei einer Lohnzahlung dem Arbeitgeber die Steuerkarte nicht vor, so hat der Arbeitgeber Steuermarken in

der Höhe des einbehaltenen Betrages zu entwerfen und für den Arbeitnehmer aufzubewahren, bis dieser seine Steuerkarte vorlegt.

Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf dessen Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingelebten und entwerfeten Steuermarken zu geben.

Eine Anrechnung der im Rechnungsjahr 1920 in die Steuerkarte eines Arbeitnehmers eingelebten Steuermarken auf die von diesem für das Rechnungsjahr 1920 zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen, nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 vorzunehmenden Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt, es sei denn, daß dem Arbeitnehmer ein Steueranforderungsschreiben über die für das Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer zugegangen ist.

Eine bare Erstattung der im Rechnungsjahr 1920 über die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer hinaus einbehaltenen Beträge findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

Auf Antrag des Arbeitgebers kann vom Finanzamt zugelassen werden, daß die Verwendung von Steuermarken unterbleibt und der einbehaltene Betrag unmittelbar für den Arbeitnehmer zurständigen Hebestelle auf Postfach- oder Bankkonto eingezahlt wird. In diesem Falle ist eine Nachweisung über die einbehaltenen Beträge in doppelter Ausfertigung der Hebestelle einzureichen.

Steuerhinterziehungen werden mit Geldstrafen und unter Umständen auch mit Gefängnis bestraft.

Herford, den 17. Juni 1920.

Das Finanzamt. Paul, Regierungsrat.

Im Auftrage des Landesfinanzamts Münster ersuche ich die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Korporationen im Stadtkreis und Landkreise Herford von dem vereinfachten Erhebungsverfahren Gebrauch zu machen und anstatt der Verwendung von Steuermarken die von dem Gehalt, Lohn oder der Pension der Beamten, Angestellten, Bediensteten, Pensionäre usw. einbehaltenen Beträge in bar oder durch Ueberweisung auf das Postfach- oder Bankkonto bei der zuständigen Steuerbehörde einzuzahlen. In diesem Falle ist mit der Einzahlung der Steuerhebestelle eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen, in welcher anzugeben ist Name, Vorname, Stand, Wohnort, Straße und Hausnummer der einzelnen Arbeitnehmer sowie die Höhe der einzelnen für den betreffenden Monat einbehaltenen Steuerbeträge, ferner welche Gesamtsumme demgemäß abgeführt und ob dies durch Bareinzahlung oder Ueberweisung geschehen ist. Die Richtigkeit der Nachweisung ist am Schluss von dem Leiter der Behörde oder Korporation oder von seinem der Steuerhebestelle gegenüber bevollmächtigten Vertreter zu bescheinigen. Nach Prüfung gibt dann die Steuerhebestelle eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung versehen zurück. Die Einzahlung hat spätestens bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats zu erfolgen. Sollte jedoch — was zu empfehlen ist — gewünscht werden, die Einzahlung erst innerhalb der ersten 10 Tage nach Ablauf eines Kalendervierteljahres machen zu dürfen, so sehe ich eines diesbezüglichen Antrages entgegen.

Ich ersuche die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Korporationen, mir und der zuständigen Steuerhebestelle Nachricht zukommen zu lassen, ob sie von dem vereinfachten Erhebungsverfahren Gebrauch machen wollen.

Paul, Regierungsrat.

Gener

Nr.

Feh

Ges

gende

Der

ber

ernannt.

genom

über die

Schluß

Der

zeit, die

schien, die

und den

eine Füh

titit über

Lehrers

Bonn

Symna

dann der

als Rech

Der

in Frage

unterbre

den Viel

haben den

der best

Er richt

wichtig

Kräfte

ein

füßungs

gegenü

Wenn

nicht end

angenomm

Demokra